

DIE RHEINPFALZ

Montag, 5. Oktober 2009 | Jahrgang 65 | Nr. 230

Ludwigshafener Rundschau

D 5898 | Einzelpreis € 1,35

SPORT AM MONTAG

Start-Ziel-Sieg: Sebastian Vettel gewinnt GP von Japan in Suzuka



Stolzer Gewichtheber: Sebastian Vettel mit dem Siegerpokal von Suzuka. FOTO: AP

SUZUKA. Mit seinem Start-Ziel-Sieg in Suzuka hat sich Sebastian Vettel aus Heppenheim seine minimale Chance auf den WM-Titel in der Formel 1 erhalten, weil Jenson Button nur Achter wurde.

Sieg der Rhein-Neckar Löwen

KARLSRUHE. Mit einem 32:29 (17:14)-Sieg über den ungarischen Mitfavoriten MKB Veszprem feierten die Rhein-Neckar-Löwen in der Karlsruher Europahalle einen gelungenen Einstand in der Handball-Champions-League.

Volleyballerinnen EM-Vierter

LODZ. Im kleinen Finale der Volleyball-Europameisterschaft in Polen unterlagen die deutschen Damen dem Gastgeber 0:3 und wurden Vierter. Den Titel verteidigte Italien.

HEUTE

Bieito inszeniert „Lulu“ in Mannheim



Provokante Bilder, konzeptionell ausgegoren: Der für Skandale bekannte Opernregisseur Calixto Bieito hat mit Wedekinds „Lulu“ am Mannheimer Nationaltheater die neue Spielzeit eröffnet. Seine Inszenierung lässt entscheidende Fragen offen. **KULTUR**

Strafvollzug auf Bestellung

Das Land Sachsen-Anhalt lässt sein neuestes Gefängnis von einem Dienstleister betreiben. Justizministerin Angela Kolb wird vorgeworfen, sie privatisiere den Strafvollzug. **SEITE 3**

Schulessen auf dem Prüfstand

Die Qualität des Mittagstischs an rheinland-pfälzischen Schulen untersuchen Studenten der Universität Koblenz. Dazu wurden 334 Fragebögen ausgewertet. **SÜDWEST**

Sizilien: Suche nach Überlebenden

Nach den Erdbeben auf Sizilien suchten die Einsatzkräfte auch gestern nach weiteren Überlebenden. 22 Leichen konnten geborgen werden. **ZEITGESCHEHEN**

BÖRSEN-TREND

Schwacher Wochenausklang

| Dax | Dow Jones | Euro |
|--------------|--------------|--------------|
| Schlussstand | Schlussstand | Referenzkurs |
| 5467,90 | 9487,67 | 1,4537 \$ |
| (- 86,65) | (- 21,61) | (- 0,0002) |



WETTER

Heute: Rasche Eintrübung, abends Regen

| | | | |
|-----|-----|-----|-----|
| 17° | 22° | 25° | 19° |
| 9° | 13° | 16° | 15° |
| MO | DI | MI | DO |

RHEINPFALZ ONLINE

www.rheinpfalz.de



4 194928 801354

Pokern um Posten und Positionen

Heute beginnen CDU/CSU und FDP ihre Koalitionsverhandlungen. Belastet werden diese durch ein neues milliardenschweres Finanzloch. Vor Beginn der Gespräche haben beide Seiten ihre Positionen bekräftigt.

BERLIN (rtr/rhp). Bei den heute beginnenden Koalitionsverhandlungen wird der Spielraum für Union und FDP durch ein Milliarden-Finanzloch eingeschränkt (die RHEINPFALZ am SONNTAG berichtete). Laut einem Papier aus dem Bundeskanzleramt müssen allein aufgrund der neuen Schuldenbremse bis zum Ende der Legislaturperiode mehr als 40 Milliarden Euro entweder zusätzlich eingenommen oder aber eingespart werden. Das Finanzpapier legte Bundeskanzlerin Merkel bei dem Treffen der Unionspitzen am vergangenen Donnerstag vor, wie „Spiegel“ und „Focus“ berichteten. Die Schuldenbremse begrenzt die künftige Kreditaufnahme von Bund und Ländern: Der Bund muss demnach bis 2016 seine Neuverschuldung auf maximal 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zurückfahren. Aus dem Papier geht auch hervor, dass sich der Bundesetat in diesem Jahr besser als erwartet entwickelt. So werde der Bund „nur“ rund 40 Milliarden Euro neue Schulden statt 47 Milliarden Euro aufnehmen müssen.

Unterdessen setzten sich Union und FDP weiter gegenseitig unter Druck, zugleich gingen die Personal-spekulationen weiter. So will die Bundeskanzlerin und CDU-Vorsit-

zende Angela Merkel einem Zeitungsbericht zufolge ihrer Partei das Finanzministerium sichern. Hessens Ministerpräsident Koch solle demnach ins Bundeskabinett wechseln und neuer Finanzminister werden, berichtete die „Bild am Sonntag“. Dafür solle der bisherige Verteidigungsminister Jung Regierungschef in Wiesbaden werden. Koch wies diese Spekulationen erneut zurück.

Koch plädierte zugleich für Nachbesserungen an der Gesundheitsreform der großen Koalition und eine Weiterentwicklung des umstrittenen Gesundheitsfonds. Sein Parteifreund, Nordrhein-Westfalens Regierungschef Rüttgers, sprach sich für einen Erhalt des Fonds aus. Die FDP will den Fonds abschaffen.

Zudem wollen die Liberalen auch die Rettung des Autobauers Opel noch einmal auf den Prüfstand stellen. Die Verhandlungen zwischen General Motors und Magna seien schließlich noch nicht abgeschlossen, sagte FDP-Generalsekretär Niebel der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“.

Bei den Koalitionsverhandlungen wird die Frankenthaler Bundestagsabgeordnete und Staatsministerin Maria Böhmer (CDU) die Arbeitsgruppe Familien, Integration und Kultur leiten. **SEITE 2**

Daimler: Keine Kündigungen im Werk Wörth

WÖRTH (jeu). Trotz des massiven Auftragseinbruchs wird es im Wörther Lkw-Montagewerk des Stuttgarter Daimler-Konzerns wohl nicht zu der von vielen befürchteten Entlassungswelle kommen. Die Talsohle sei erreicht; einige Großaufträge aus China sorgten derzeit für eine leichte Belebung, sagte der neue Chef der weltweit größten Lkw-Fabrik, Yaris Pürsün, der RHEINPFALZ. Die im Mai eingeführte Kurzarbeit in dem Werk mit rund 11.600 Mitarbeitern werde voraussichtlich auch 2010 fortgeführt werden müssen. Für die Zeit danach erwartet Pürsün ein Anziehen der Nachfrage. Weil frei werdende Arbeitsplätze derzeit nicht besetzt würden, werde die Zahl der Mitarbeiter in den nächsten Monaten wohl unter die Marke von 11.000 sinken. **WIRTSCHAFT**

HANNOVER (rjs). Der designierte Vorsitzende der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) Michael Vassiliadis, hat die neue Bundesregierung und Wirtschaftsverbände vor „unnötigen Provokationen“ gewarnt.

Es sei „wirklich überflüssig“, wieder „Stereotype aus der Mottenkiste der Deregulierer“ zu holen, sagte Vassiliadis der RHEINPFALZ. Er reagierte auf Forderungen von Wirtschaftsverbänden und aus der FDP, den Kündigungsschutz zu lockern oder die Mitbestimmung einzuschränken. „Das brauchen wir nicht“, betonte Vassiliadis, der kommende Woche zum Nachfolger von Hubertus Schmoldt gewählt werden soll.

Zu Äußerungen von Kanzlerin Angela Merkel, wonach die neue Regierung die bestehenden Mindest-

Rote Teufel weiter ungeschlagen



Der 1. FC Kaiserslautern führt die Tabelle der Zweiten Fußball-Bundesliga nach dem 1:1 (1:1) beim FSV Frankfurt weiter ungeschlagen an. FSV-Trainer Tomas Oral (35) verkündete nach Spielende seinen Rücktritt. Das bisherige Schlusslicht war nach 23 Sekunden durch Pa Saikou Kujabi in Führung gegangen. Nach Bugera-Flanke sorgte Erik Jendrisek (45. +2) für den hoch verdienten Ausgleich, allerdings hatte der Ball die Torlinie wohl nicht vollständig überschritten. Die Fernsehbilder deuteten daraufhin, lieferten aber keine endgültige Klarheit. Pech: dem FCK wurden zwei Elfmeter verweigert. Der eine Halbzeit lang spielbeherrschende FCK baute nach der Pause ab, verlor in der Offensive an Wirkung. „Der Punkt geht in Ordnung. Wir sind keine Spinner, wir können damit leben“, sagte FCK-Trainer Marco Kurz nach dem Remis. „Die Mannschaft hat gezeigt, dass sie dominieren kann. Wir haben dem Tempo und Aufwand in der zweiten Halbzeit Tribut gezollt“, sagte Kurz. Unser Bild zeigt FCK-Abwehrspieler Rodnei (rechts) im Duell mit FSV-Angreifer Matthew Taylor. (zkk/Foto: Kunz) **SPORT**

„Keine ideologischen Konflikte“

Chemie-Gewerkschaft warnt Schwarz-Gelb vor Provokationen

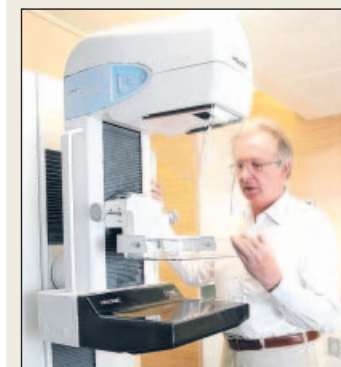
löhne und den Kündigungsschutz nicht antasten werde, sagte Vassiliadis, er nehme die Kanzlerin „beim Wort“. Im Kampf gegen die Krise habe sich gezeigt, „dass man dafür eine Menge Partner und Akteure braucht und dass man die nicht in unnötige ideologische Konflikte verstricken sollte“. Mit „Lagerdenken und Glaubensbekenntnissen“ sei die Krise jedenfalls nicht zu bewältigen. Die Kanzlerin ihrerseits hat den Gewerkschaften eine weitere enge Zusammenarbeit im weiteren Kampf gegen die Finanz- und Wirtschaftskrise zugesagt.

Um in der Krise möglichst viele Arbeitsplätze zu erhalten, ist es laut Vassiliadis nötig, neben der Kurzarbeit über weitere Maßnahmen nachzudenken. Dabei gehe es auch darum, die betroffenen Unternehmen von Kosten zu entlasten.

Ablehnend äußerte sich Vassiliadis zu Plänen von Union und FDP, die Steuern zu senken. In der Krise habe der Staat die Wirtschaft massiv unterstützt. Dies habe dazu geführt, dass die öffentlichen Haushalte sich massiv verschuldet hätten. „Wer jetzt Steuersenkungen verspricht, verschärft das Problem.“ Die Erfahrung zeige, dass die einfache Formel, „wer ausreichend Steuern senkt, bekommt ausreichend Wachstum“, nicht stimme. Stattdessen müsse für die Zeit nach der Krise darüber nachgedacht werden, die Unternehmen „intensiver“ an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben zu beteiligen. Dabei gehe es nicht um eine Besteuerung der Substanz, sondern der Erträge. „Das ist aktuell kein Thema, aber wenn über Steuern diskutiert wird, darf das kein Tabu sein.“ **INTERVIEW SEITE 3**

AUS DER PFALZ

Krebs-Vorsorge: „Mammobil“ rollt durch Südpfalz



Kurt Scherer ist einer der für das Screening-Programm verantwortlichen Fachärzte. FOTO: VAN

ANNWEILER (sma). In der Südpfalz ist jetzt das einzige fahrbare Mammographie-Screening-Zentrum in Rheinland-Pfalz unterwegs: Es steht bis November in Annweiler, wird danach in Bad Bergzabern, Kandel, Wörth und Bellheim Station machen.

Frauen im Alter zwischen 50 und 69 Jahren können hier auf Einladung – die alle zwei Jahre durch die Kassenärztliche Vereinigung erfolgt – wohnortnah und kostenlos mit technisch modernsten Geräten ihre Brust röntgen lassen. Möglich ist dies außerdem in Screening-Zentren, die in Praxisräumen in Ludwigshafen, Speyer, Neustadt, Kaiserslautern und Pirmasens eingerichtet wurden. Die Aufnahmen werden von speziell geschulten Ärzten begutachtet. Das Screening dient dazu, möglichst frühzeitig schon kleinste Tumore zu erkennen. Im Falle einer Brustkrebskrankung sind die Überlebenschancen der Betroffenen bei rechtzeitigem Behandlungsbeginn deutlich höher. Weitere Informationen unter www.mammographiescreening-pfalz.de oder www.radiologie.de.

Jung regiert durch

Warum der Verteidigungsminister Richterstellen besetzen darf, die über Bundeswehrfragen entscheiden

VON URSULA KNAPP, KARLSRUHE

Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) hat direkten Einfluss darauf genommen, welcher Richter in letzter Instanz über Angelegenheit der Bundeswehr mitentscheidet. Das Bundesjustizministerium bestätigte laut „Frankfurter Rundschau“, dass der ursprünglich vom Bundesverwaltungsgericht in Leipzig vorgesehene Richter von Jungs Ministerium abgelehnt wurde. Grund soll sein, dass er Kriegsdienstverweigerer war.

Die in der Gewerkschaft Verdi organisierten Richter kritisieren den Vorgang als „ungeheuerlichen Eingriff (...) in die verfassungsrechtlich garantierte Unabhängigkeit des Bundesverwaltungsgerichts“. Sie erinnern daran, dass auch der umstrittene Befehl zum Luftangriff

in Afghanistan auf den bei Kundus stecken gebliebenen Tanklastzug einmal den 2. Wehrdienstsenat des Gerichts beschäftigen könnte, jenen Senat, auf dessen Besetzung Jung jetzt Einfluss nahm.

Das Verteidigungsministerium sieht sich dagegen als berechtigt an, über die Besetzung des Wehrdienstsenats zu bestimmen. In einer Stellungnahme verweist es auf die Wehrdisziplinarordnung und eine „Vereinbarung der Ressorts“. Danach sei das Verteidigungsministerium an der Richterbestimmung beteiligt.

Das ist eine in der deutschen Justiz einmalige Regelung. Die Unab-

hängigkeit der Justiz vor Einflussnahmen der Regierung gehört zu den ehernen Grundsätzen des deutschen Rechtsstaats. Denn die damit verbundenen Gefahren waren in Deutschland nicht nur theoretische. Die Gleichschaltung der Justiz im Nationalsozialismus gelang gerade auch durch den Eingriff des NS-Regimes in die Richterbesetzung. Deshalb bestimmen in Deutschland die Präsidien der Gerichte autonom, welche Richter in welchen Senaten sitzen. Die Kammern und Senate entscheiden wiederum über ihre interne Geschäftsverteilung. Vom Amtsgericht bis zum Verfassungsgericht soll so ausgeschlossen werden, dass der Staat oder eine Prozesspartei Einfluss darauf nehmen können, wer über ihren Fall entscheidet.

Dieses Prinzip ist in den Wehrdienstsenaten des Bundesverwal-



Jung